Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Salter. Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hansch, Josef Ollig. Chefs vom Dienst: Rudolf Brüning, Manfred Schwark. Chefredaktion: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Gorski; Dr. Günter Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt. Stadtteile: Walter Künkler. Sport: v. Z. Wolfgang Fricke. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Sells. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Marie-Luise Dalchow. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Grüning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Verlagsleiter: Rudolph Gothner.

Guter Ausblick

Heute vor einem Jahr, am Überseetag 1967, strahlte zwar die Sonne auf das Geburtstagskind Hamburg. Aber in zweierlei Hinsicht stand der Tag doch unter trüben Vorzeichen. Noch herrschte Unsicherheit darüber, ob es gelingen werde, dem Wiederaufschwung der Wirtschaft zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen. Und zum anderen machte der Verzicht Professor Hallsteins, des Hauptredners der Festveranstaltung, auf den Vorsitz in den Vereinigten Europäischen Kommissionen deutlich, wie weit ein geeintes Europa noch von der Verwirklichung entfernt sei. Seitdem hat Europa keine Fortschritte gemacht — im Gegenteil: Die Ordnung des Agrarmarktes ist von ihrem Ziel weiter denn je entfernt. Und die von Hamburg so sehr erhoffte engere Verbindung Großbritanniens und des skandinavischen Raums mit der EWG ist keinen Schritt weitergekommen.

An dem diesjährigen Überseetag ist zwar der Himmel trübe und verhangen, aber doch gibt es wesentliche positive Aspekte, die eine gute Stimmung an diesem Feiertag rechtfertigen. Inzwischen hat sich in der bundesdeutschen Wirtschaft die aufsteigende Konjunktur durchgesetzt. Hamburg als größte Industriestadt und größte Außenhandelsstadt des Bundes hat hieran bemerkenswerten Anteil, zumal auch der Außenhandel trotz aller politischen und wirtschaftlichen Krisen in der Welt sich kräftig erhöht hat. Die Zahl von 15 000 offenen Stellen, die heute in Hamburg zu besetzen sind, spricht deutlich für das wiedererreichte wirtschaftliche Niveau. So ist es auch berechtigt, daß der „Vater der Ankurbelung", Bundeswirtschaftsminister Schiller, der so lange als Wirtschaftssenator mit Hamburg verbunden war, heute abend die Hauptrede hält. Ist doch nicht zuletzt ihm und seiner unerschöpflichen Energie der Durchbruch zu verdanken.

Noch ein Ereignis eröffnet für die Zukunft der Hansestadt positive Aspekte. Das ist der gestern erfolgte Beginn des Baues des Elbe-Seiten-Kanals, der Hamburg und Schleswig-Holstein an das deutsche Wasserstraßennetz unmittelbar anschließen und vor allem den Raum Hannover—Braunschweig—Salzgitter direkt mit dem größten deutschen Seehafen verbinden wird.

Zwar hat es Jahre gedauert, bis die beteiligten Länder sich über den Kanalbau und seine Finanzierung geeinigt haben. Aber die Teilnahme der drei Ministerpräsidenten gestern beim ersten Rammstoß war sozusagen symbolisch für ihre Einigung zur Schaffung eines Werkes, von dem Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen in gleicher Weise Vorteile erwarten dürfen.

Hamburgs Bürgermeister Weichmann hat dabei die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg gefeiert, als er davon sprach, daß der Elbe-Seiten-Kanal nur als eine Art „konzertierter Aktion" von Bund und Ländern möglich sei. Für Hamburg gehe es dabei vor allem darum, den Wettbewerbsvorteil, den die großen Häfen an der Mündung des Rheins, der Schelde und der Weser durch die Verbindung zu ihrem Hinterland haben, durch den neuen Kanal auszugleichen. So darf man das Werk, das in sieben Jahren vollendet sein soll und von beiden bedeutsame Impulse für die Entwicklung des Umschlags im Hamburger Hafen erwartet werden, als eine Art Geburtstagsgeschenk für Hamburg nehmen.

Bürgermeister Weichmann hat nicht zuletzt darauf hingewiesen, welche Bedeutung die neue Kanal-Verbindung für Europa, sowohl nach dem Westen durch die Verbindung mit dem Kern des westeuropäischen Industrieraumes als auch nach Osten durch die Verstärkung der Verbindung mit der Tschechoslowakei, haben wird. Er hat diesem Lande dabei in Mitteleuropa die wichtige Funktion einer Brücke nach Osten und Südosten zugesprochen, bei der der Elbe-Seiten-Kanal eine der Brückenrampen sein solle. h.

So „zitiert" der Spiegel

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" versucht wieder einmal, durch gezielte Zitat-Klitterung zu suggerieren, daß das Verlagshaus Axel Springer verantwortlich sei für alle Unrast der Zeit, vom infamen Mordanschlag auf Dutschke bis zur Oster-Turbulenz. Auch dem Hamburger Abendblatt, das sich unbeirrbar um Verständnis für das berechtigte Reform-Bemühen der Jugend, um Sachlichkeit, aber auch um Einhaltung der Grenzen demokratischer Auseinandersetzung bemüht, wird dabei unterstellt, seit über zwei Jahren „die unruhigen Studenten verteufelt" zu haben. Den Lesern, denen die Gesamthaltung des Hamburger Abendblattes nicht bekannt ist, oder die den Zusammenhang des ganzen Textes nicht mehr im Kopfe haben können, wird als „Beweis" ein einziger, in grober Stnnentstellung willkürlich zusammengestückelter Kommentar-Auszug unterbreitet.

Die Praxis sinnentstellender Bruchstück-Zitate, mit denen sich alles beweisen und alles widerlegen läßt, hat das Magazin unserem Blatt gegenüber schon mehrfach in wenig fairer Weise geübt. Wir sind darüber zur Tagesordnung übergegangen. Die neuerliche Unterstellung ist jedoch so bösartig, daß einmal in aller Deutlichkeit gezeigt werden muß, wie „Der Spiegel" zitiert, um zu diffamieren.

Das Spiegel-Zitat aus dem Hamburger Abendblatt vom 20. Januar 1968:

„...Da aber ist die Grenze erreicht, wo Ordnung und Autorität, ohne die auch ein demokratisches Staatswesen nun einmal nicht existieren kann, in unmittelbare Gefahr geraten ... da hilft nur noch eins: Härte."

Die über drei Abschnitte weg willkürlich zusammengezogenen Textstücke sind einem Kommentar zu den Januar-Demonstrationen in Bremen gegen die Fahrpreiserhöhung bei Straßenbahnen und Bussen entnommen. Wir übten dabei Kritik am Bremer Senat, der, statt vorweg zu verhandeln, erst die starke Hand zeigte, um dann doch vor der Straße zu kapitulieren. Wir übten Kritik an der etwas ratlosen Polizei, die „den Knüppel nicht gerade behutsam und wählerisch schwang, und auch an der Maßlosigkeit extrem-radikaler Jugendlicher, die Bremens Innensenator Löbert zu der Erklärung veranlaßte, daß in großen Teilen der Innenstadt das Chaos herrsche. Unter Bezug auf die Kapitulation des Senats heißt es dann in den Abschnitten, aus denen das „Spiegel"-Zitat zusammengestückelt wurde, wörtlich:

„Damit verhalf er dem, was er eben noch als „Landfriedensbruch" bezeichnet hatte, zu einem klaren Erfolg. Da aber ist die Grenze erreicht, wo Ordnung und Autorität, ohne die auch ein demokratisches Staatswesen nun einmal nicht existieren kann, in unmittelbare Gefahr geraten.

Unsere Jugend soll ganz gewiß nicht zu „Untertanen" erzogen werden, sondern zu freien Bürgern einer freiheitlichen Demokratie. Darum muß ihr auch viel Raum zu freier Entfaltung gelassen werden. Darum wird man es ihr auch nicht verübeln, wenn sie einmal für oder gegen etwas demonstriert. Wo aber bewußt die öffentliche Ordnung sabotiert wird, wo Straßenbahnen und Omnibusse beschädigt werden, wo mit offener Gewalt ein Druck auf wen auch immer ausgeübt wird, da ist das Maß des Zulässigen überschritten.

Auch Jugendliche müssen sich an die verbindlichen Spielregeln der Demokratie halten, wenn sie sich mit ihren Forderungen in das öffentliche Geschehen einschalten wollen. Wo sie das bewußt und immer wieder außer acht lassen, da hilft nur noch eins: Härte."

Aus diesem zwar kritischen, aber fairen Kommentar, zu dem wir auch heute stehen, destilliert „Der Spiegel" also, stets das Böse suchend oder notfalls reimend, eine systematische „Verteufelung der Studenten" durch das Hamburger Abendblatt. Die Beurteilung dieser Art von Journalismus sei der Allgemeinheit überlassen.

400 Verletzte in Paris

Fortsetzung von Seite 1

Boulevards St. Germain und St. San Michel, sahen aus wie Schlachtfelder: Überall aufgerissenes Pflaster, überall Scherben.

Die Sorbonne selbst war von einem undurchdringlichen Polizeikordon umstellt und blieb unbeschädigt. Polizeipräfekt Grimaud, der die verschiedenen Einsatzorte seiner Truppe besuchte, nannte die Zusammenstöße „brutal".

Im Laufe des Tages griffen die Unruhen auch auf andere Provinzstädte über. Zu Zusammenstößen kam es in Straßburg, Orleans und Grenoble.

Für heute hat der Studentenverband UNEF zur Fortsetzung des Universitätsstreiks und zu neuen Demonstrationen aufgefordert. Die Protestdemonstration richten sich vor allem gegen die Schließung der Universität Sorbonne und der in dem Vorort Nanterre untergebrachten Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität. Die humanistische Studenten-Union der Bundesrepublik Deutschland und Studenten sowie Assistenten des romanischen Seminars der Frankfurter Universität haben sich mit den französischen Studenten solidarisch erklärt.

Informationsminister Peyrefitte erklärte gestern abend im Fernsehen, daß die Regierung konstruktive Diskussionsbejaje, aber entschieden nein sagt zur Gewalt. Ein Teil des Lehrkörpers der Universität und der Oberschulen hat sich auf die Seite der Studenten gestellt. Eine Delegation von Professoren der Naturwissenschaftlichen Fakultät forderte den Rektor der Pariser Universität zum Rücktritt auf. In etwa 80 Prozent der Pariser Oberschulen fiel gestern der Unterricht aus.

Man trifft sich mitten in Paris

Amerikaner und Nordvietnamesen verhandeln im früheren Hotel Majestic

Eigener Bericht - SAD - dpa - ap ve. Paris/Washington, 7. Mai

Mitten in Paris in nächster Nähe des Triumphbogens werden Amerikaner und Nordvietnamesen am kommenden Freitag ihre Vorkonferenz beginnen. Während der Vietkong gestern in mehreren Abschnitten Südvietnams die Angriffe auf Städte und Militärstützpunkte fortsetzte, haben sich Washington und Hanoi am gleichen Tage über die Städte der Kontaktaufnahme geeinigt. Man entschied sich für das „Zentrum für internationale Konferenzen", das ehemalige Hotel Majestic.

Der US-Geschäftsträger Warner und der nordvietnamesische Generaldelegierte Mai van Bo haben bereits diesen Konferenzpalast in der Avenue Kléber Nr. 19 besichtigt. Den neuen Namen „Zentrum für internationale Konferenzen" trägt das Gebäude seit 1958. Damals wurde es von der französischen Regierung zum erstenmal für internationale Treffen und Kongresse zur Verfügung gestellt. Von 1946 bis 1958 war es Sitz der UNESCO, der Welterziehungs- und Bildungsorganisation. Während des Krieges diente das Gebäude dem deutschen „Militärbefehlshaber Frankreich", General Stülpnagel, als Hauptquartier.

Das Haus wurde 1908 als Luxushotel „Majestic" erbaut. Ganz alte Pariser erinnern sich aber noch, daß an der gleichen Stelle vor 1908 das „Kastilische Palais" stand, so genannt nach seiner Besitzerin Isabella von Kastilien. 1870 hatte sie als Königin Isabella II. von Spanien zugunsten ihres Sohnes Alfons VII. abgedankt und war mit ihrem Hof und ihrem Geliebten, dem damaligen Marineminister, nach Paris gezogen. Die rauschenden Feste in ihrem Palais waren berühmt. 1904 starb Isabella, 70 Jahre alt.

Unklarheit herrscht zur Stunde noch über die Bewältigung des in Paris erwarteten Korrespondenten-Ansturms aus aller Welt. Es wird damit gerechnet, daß zu Beginn der amerikanisch-nordvietnamesischen Vorkonferenz etwa 1000 Journalisten aus dem Ausland zu den etwa 1000 bereits in Frankreich akkreditierten Korrespondenten hinzukommen werden.

Die Zusammensetzung der amerikanischen Abordnung und der nordvietnamesischen Delegation ist noch nicht bekannt. Wie verlautet, wird der nordvietnamesische Chefdelegierte Xuan Thuy voraussichtlich am Donnerstag in Begleitung von rund 30 anderen Delegierten in Paris eintreffen.

Dem amerikanischen Chefdelegierten Harriman wird US-Quellen zufolge der stellvertretende amerikanische Stabschef in Vietnam, General Goodpaster, als militärischer Berater zugeteilt. Beide Seiten richten sich, wie durchgesickert ist, auf lange und harte Verhandlungen ein.

Harriman, der gestern nahezu zwei Stunden lang in Washington mit US-Präsident Johnson konferierte, erklärte am Abend, daß die USA dem Ausgang der bevorstehenden Verhandlungen geduldig entgegensehen müßten. Die Situation sei für die USA, insbesondere in einem Wahljahr, schwierig.

Die „Nationale Befreiungsfront Südvietnams" (NLF-Vietkong) hat inzwischen nach Angaben der nordvietnamesischen Nachrichtenagentur VNA die bevorstehenden Friedenskontakte in Paris befürwortet. Der Hanoier Korrespondent der Stockholmer Abendzeitung „Expressen", Jörgen Petersen, will bei Gesprächen mit dem nordvietnamesischen Außenminister Duy Trinh und dem NLF-Beauftragten van Tien in der nordvietnamesischen Hauptstadt den Eindruck gewonnen haben, daß die Nordvietnamesen und die Vietkong bei den bevorstehenden Vorgesprächen in Paris „kompromißbereit" sein werden. Van Tien habe versichert, daß die Befreiungsfront „für alle Vorschläge offen sein" werde.

Im „Internationalen Konferenzzentrum" in der Pariser Avenue Kléber, das im zweiten Weltkrieg Hauptquartier der Gestapo war, werden die Kontaktgespräche zwischen Washington und Hanoi stattfinden

Stuttgarter SPD beharrt auf vier Ministersessel

CDU trotz Mandatsgewinne in schwieriger Lage

Eigener Bericht th. Stuttgart, 7. Mai

In Baden-Württemberg steht eine äußerst schwierige Regierungsbildung bevor. Die Position der CDU ist trotz ihres größeren Mandatsvorsprungs und trotz der Talsohle, in der sich die SPD befindet, nicht günstiger geworden. Dies ist das Fazit nach dem gestrigen ersten Koalitionsgespräch zwischen den bisherigen Partnern CDU und SPD.

Die Sozialdemokraten unter Führung ihres Landesvorsitzenden Walter Krause und des Präsidiumsmitgliedes Dr. Alex Möller waren keineswegs als Verlierer mit besorgten Gesichtern gekommen, sondern gaben sich selbstsicher. Die SPD ist grundsätzlich an einer Fortführung der Großen Koalition interessiert, aber mit drei Ministersesseln können wir uns nicht begnügen", erklärte später die SPD.

Dies ist der entscheidende Punkt: Die CDU will der SPD nur drei der insgesamt neun Ministersesse' zugestehen. Die SPD ist bisher aber nur zu einer Neuverteilung der Ressorts bereit. So würde sie zugunsten des Arbeitsministeriums auf das Finanzministerium verzichten. Da die CDU keinesfalls eine Minderheitsregierung bilden will, wird sie ihrem künftigen Koalitionspartner wie schon bei der letzten Regierungsbildung außergewöhnliche Zugeständnisse machen müssen. Dieser Stärke ist sich die SPD voll bewußt.

Dabei ist die Kluft zwischen den beiden bisherigen Regierungsparteien größer geworden als vor 18 Monaten und birgt heute mehr Zündstoff denn je. Aber die SPD will trotz der Schreie vieler Funktionäre: „Raus aus der Regierung und der Verantwortung!" weiter dabeibleiben.

Morgen findet ein zweites Koalitionsgespräch statt. Außerdem will die CDU in jedem Fall auch noch mit der FDP verhandeln, die allerdings weiter ablehnend ist. Das letzte Wort über die Koalition wird erst von der Landesdelegierten-Konferenz der SPD gesprochen werden, die am 18. Mai zusammentreten soll.

Neubauer warnt SPD vor Unterwanderung

Von unserer Berliner Redaktion wy. Berlin, 7. Mai

Vor einer Unterwanderung der Berliner SPD durch die sogenannte außerparlamentarische Opposition hat Bürgermeister Kurt Neubauer gewarnt.

Neubauer, zugleich stellvertretender SPD-Landesvorsitzender, erklärte vor dem Landesausschuß: „Es wird immer offensichtlicher, daß Kräfte von außerhalb der Partei, die sich außerparlamentarisch nennen, von der SPD Besitz nehmen wollen. Wer in Partei geht, um sie als Mitglied besser bekämpfen zu können, den muß die Partei bekämpfen."

Neubauer rief die Berliner Sozialdemokraten auf, in ihrer Partei keine „Plattform" für parteifeindliche Aktivitäten zuzulassen. Sie verlangte eine gründliche Diskussion über die Mitwirkung von SPD-Mitgliedern in der sogenannten „außerparlamentarischen Opposition".

„Diagnose des Zustands der SPD"

Deutsche Presse-Agentur Bonn/Dortmund, 7. Mai

Zu einer „Diagnose des Zustandes der SPD" nach der Wahniederlage in Baden-Württemberg tritt der Parteivorstand am Donnerstag in Bonn zusammen.

Wie verlautet, will die SPD daran festhalten, innerhalb der Großen Koalition soviel ihrer politischen Vorstellungen durchzusetzen wie möglich. Offenbar steht eine stärkere Abgrenzung von der äußersten Linken und eine Klärung des Verhältnisses zwischen SPD und Gewerkschaften zur Debatte.

Ferner soll noch im Mai der Posten eines Bundesgeschäftsführers geschaffen werden. Sollte es nicht wäre es, dem Wirken der Partei größere Publizität zu verschaffen.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Figgen will eine Untersuchung über die Gründe des Vertrauensschwunds zur SPD beantragen. Er möchte, daß der Vorstand durch ein Meinungsforschungsinstitut eine umfassende Meinungsbefragung vornehmen läßt.

DRK gegen Frauen-Dienstpflicht

Associated Press Bonn, 7. Mai

Wenige Tage vor der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag hat sich der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Walter Bargatzky, gegen die zwangsweise Dienstverpflichtung von Frauen im Verteidigungsfall ausgesprochen. Der Kräftebedarf für den Sanitäts- und Sozialdienst könne nach den Erfahrungen des DRK mit Freiwilligen gedeckt werden, erklärte er.

Heute zweite Debatte über Studenten-Unruhen

Kabinett prüft politisches Mandat der Studentenschaft

Von unserer Bonner Redaktion hps. Bonn, 7. Mai

Die Abgeordneten in Bonn sind auf eine lange Sitzung vorbereitet. Voraussichtlich bis in die späten Abendstunden wird der Bundestag heute noch einmal über die Unruhe in der Studentenschaft debattieren.

Nach der Aussprache am vergangenen Dienstag über die innenpolitischen Momente der Oster-Unruhen befaßt sich das Parlament heute vor allem mit dem bildungspolitischen Hintergrund der Demonstrationen.

Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Frage, wie die Hochschulreform schneller über die Runden gebracht werden kann. Bundeskanzler Kiesinger, Familienminister Heck und Arbeitsminister Katzer wollen in die Debatte eingreifen. Zu Wort melden wird sich auch der Vorsitzende der Länder-Kultusministerkonferenz, der saarländische Kultusminister Werner Scherer.

Das Bundeskabinett, das sich gestern in einer Sondersitzung auf die heutige Aussprache vorbereitet hat, will die Berechtigung eines politischen Mandats des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) prüfen. Das teilte der stellvertretende Regierungssprecher Conrad Ahlers mit. Er erklärte, es habe in der Kabinettsdiskussion auch kritische Stimmen zu diesem politischen Mandat des VDS gegeben. Sie hätten sich vor allem gegen die Zwangsmitgliedschaft der Studenten in dem Verband gewandt.

In den jüngsten Gesprächen mit den Studenten habe sich der Kanzler von einigen Argumenten des VDS beeindrucken lassen. Ahlers nannte in diesem Zusammenhang unter anderem die Frage des „Studentengehaltes". Der Kanzler habe vor dem Kabinett dargelegt, daß die Studentenschaft ihre Abhängigkeit von den Eltern heute anders einschätzt, als er sie als Student empfunden habe.

Bonn besteht auf Rückkehr der Südkoreaner

Deutsche Presse-Agentur Bonn/Bremen, 7. Mai

Außenminister Willy Brandt hat gestern noch einmal vom südkoreanischen Botschafter in Bonn einen Tag vor dessen Reise nach Seoul eine Bestätigung der südkoreanischen „Entführungsaffäre" verlangt. Die Bundesregierung fordert nach wie vor, daß alle im Sommer vorigen Jahres unter Mitwirkung des südkoreanischen Geheimdienstes nach Seoul „verbrachten" Südkoreaner wieder nach Deutschland zurückkehren können.

Von den 17 Entführten sind bisher zehn zurückgekehrt bzw. wurde ihnen die Rückkehr freigestellt. Sechs wurden wegen angeblicher Spionage in Seoul verurteilt.

Euthanasie-Angeklagter leugnet nicht

Deutsche Presse-Agentur München, 7. Mai

Vor dem Münchner Schwurgericht begann gestern der Prozeß gegen den 58jährigen Kinder-Facharzt Dr. Fritz Kühnke. Er wird der Beteiligung an der Tötung von geisteskranken und mißgestalteten Kindern während des Dritten Reichs im Rahmen des Euthanasie-Programms beschuldigt.

Der Angeklagte, der seit 1947 in einem Dorf in Hamburg tätig ist, räumte bei der Verneinung seiner objektiven Tatbeitrag ein. „Ich hielt es für vertretbar", erklärte er, „daß man schwer hirngeschädigte Kinder oder solche mit schweren Mißbildungen einschläferte."

Malik greift die Bundesrepublik an

Associated Press New York, 7. Mai

In der Debatte der UNO-Vollversammlung über Südafrika hat der sowjetische UNO-Botschafter Malik gestern die Bundesrepublik wegen ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika scharf angegriffen.

Malik erklärte, die „amerikanischen, britischen und westdeutschen Monopolisten" investierten Milliarden Dollar in Südafrika und unterstützten damit die „Rassisten von Pretoria". Malik legte den Regierungen der afrikanischen Staaten nahe, statt der Bundesrepublik lieber die „DDR" anzuerkennen.

BUNTE WELT

Für Entwicklungshilfe

Rund zwei Drittel aller Bundesbürger haben eine positive Einstellung zur Entwicklungshilfe. Nach dem Ergebnis einer Repräsentativerhebung waren 63 Prozent grundsätzlich dafür, daß Entwicklungshilfe gegeben wird. 30 Prozent der Befragten waren sogar bereit, zugunsten der hungernden Völker ihren persönlichen Verzicht anzuschränken.

Ossietzky-Medaille

Die Berliner Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte will dem Schriftsteller Günther Grass und dem Journalisten Kai Hermann die Ossietzky-Medaille verleihen. Grass soll die Medaille für das Jahr 1967 und Hermann für das Jahr 1968 erhalten.

Prinz Aga Khan in Bonn

Zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit mit der Bundesregierung trifft der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Prinz Sadruddin Aga Khan, heute in Bonn ein. Die Bundesregierung zahlt für das Hilfsprogramm der UNO in diesem Jahr 1,3 Millionen Mark.

Deutsch-amerikanische Woche

In mehreren deutschen Großstädten wurde gestern die deutsch-amerikanische Freundschaftswoche eröffnet. Der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Europa, General James Polk, erklärte bei der Eröffnung in Heidelberg, die USA seien von den gegen sie gerichteten Aktionen der deutschen Studenten nicht beunruhigt.

Weinbruder Brandt

Außenminister Brandt und sein französischer Kollege Couve de Murville sollen am Wochenende in Dijon, der Hauptstadt des Weinlandes Burgund, in die berühmte französische Weinbrüderschaft „Confrerie des Chevaliers du Tastevin" aufgenommen werden. Der berühmte Weinorden hat eine reiche Tradition und ist unter den zahlreichen Gilden dieser Art in Frankreich der bekannteste.

Weinbrüder: Brandt Couve de Murville

De Freitas erneut Präsident

Der britische Labour-Politiker Sir Geoffrey de Freitas ist gestern bei der Eröffnung des Europarates in seinem Amt als Präsident bestätigt worden. Griechenland hatte wiederholt gegen eine Wiederwahl des Briten protestiert, da de Freitas sich nach ihrer Ansicht zu Unrecht in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt habe.

Magere Wahlbeteiligung

Nur 20 Prozent der 1,3 Millionen Wahlberechtigten der afrikanischen Republik Dahome haben bei den Präsidentschaftswahlen ihre Stimme abgegeben. Es war eine Protestaktion über die niedrige Wahlbeteiligung enttäuschte Militärjunta im Laufe der Woche Neuwahlen ausschreiben wird.

Zwischenfall am Jordan

An der israelisch-jordanischen Waffenstillstandslinie ist es auch gestern wieder zu Schießereien gekommen. Israelische Militärsprecher erklärte in Jerusalem, jordanische Einheiten hätten südlich des Sees Genezareth Zivilisten in der Nähe einer Siedlung beschossen.

Madrid eröffnet Universität

Die nach schweren Studentenunruhen geschlossene Universität von Madrid hat gestern ihren Lehrbetrieb wiederaufgenommen. In der von 30 000 Studenten besuchten Universität kam es dabei zu keinen neuen Zwischenfällen.

MIG-Jäger für Uganda

Die Luftwaffe von Uganda, bisher schon eine der größten in Afrika, ist durch eine Staffel von MIG-Jägern verstärkt worden. Die Flugzeuge wurden nicht von der Sowjetunion, sondern von der Tschechoslowakei geliefert. Eine Gruppe von Technikern und Offizieren ist ebenfalls in Uganda eingetroffen.

Geizige Asiaten

Der Ruf, das geizigste Volk zu sein, gebührt heutzutage zweifellos nicht mehr den Schotten, sondern den Japanern. Die fernöstlichen Sparer stecken durchschnittlich ein Fünftel ihres Einkommens in ungeheure Sparstrümpfe. Eine derartige Sparsamkeit ist nicht einmal bei den Rockträgern aus Schottland beliebt.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstraße 7, Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 6120 79, Bonner Red.: An der Heuallee 2-12, Haus VII, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 23 84 34. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 22 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 29,5 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,30 DM (einschl. 25,2 Pf Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 31 Pf Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Lieferzeitraums zahlbar. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264, Anz. Hamburg 1420.

Telefon 34 91 91